

Das Kartell

Vom Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE im hessischen Landtagswahlkampf 2009

Von Achim Kessler

In keinem anderen Wahlkampf haben die Medien derart massiv und offensiv gegen DIE LINKE agiert wie in diesem Landtagswahlkampf in Hessen. Dies war keineswegs überraschend: Bereits die Reaktion der Medien auf das Scheitern von Andrea Ypsilantis zweitem Versuch, sich zur hessischen Ministerpräsidentin wählen zu lassen, war von ätzender Häme geprägt¹. Dass diese Häme an die Vorwürfe des „Wortbruchs“ und des „Glaubwürdigkeitsverlusts“ anknüpfte, ist umso erstaunlicher, als ihr Konkurrent um das Ministerpräsidentenamt, der damals noch geschäftsführende Ministerpräsident Roland Koch, wegen seiner Verstrickung in die Schwarzgeldaffäre der CDU (Stichwort: „jüdische Vermächtnisse“), die Helmut Kohl immerhin den Ehrenvorsitz der CDU gekostet hat, bis heute ungestraft als Lügner bezeichnet werden darf.

Anders als Ypsilanti „Wortbruch“, der tatsächlich darin bestand, dass sie der Umsetzung politischer Inhalte den Vorrang vor bestimmten Koalitionsmöglichkeiten gab, wird Roland Kochs kriminelle Vorgeschichte bis heute in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend ignoriert. – Der wesentliche Unterschied ist, dass Ypsilanti sich nicht durchsetzen konnte. Verlierern werden Verfehlungen seit jeher schlechter verziehen als Siegern. Eine große Rolle spielt aber auch, dass sich Andrea Ypsilanti als Frau erdreistet hat, nach der Macht in Hessen zu greifen: Während die Lüge des CDU-Stahlhelmers Koch in der öffentlichen Meinung als zwar misslungen, aber taktisch ausgebufft gilt, wird Ypsilanti als machtgeil, hintertrieben, ungeschickt und unglaubwürdig charakterisiert.

Der tiefere Grund des parteiischen Agierens der Medien gegenüber dem Ypsilanti-Flügel der SPD und später der LINKEN liegt jedoch in der machtpolitischen Option, die in Hessen versucht wurde: Wäre in Hessen eine rot-grüne Regierung mit Unterstützung der LINKEN zustande gekommen, hätte dies mittelfristig auch neue Machtoptionen auf der Bundesebene eröffnet. Da der rot-grüne Koalitionsvertrag, nicht zuletzt auf Druck der LINKEN, zahlreiche Verstöße gegen das neoliberale Glaubensbekenntnis von CDU, SPD, FDP und Grünen enthielt, musste diese Option den erbitterten Widerstand nicht nur dieser Parteien, einschließlich des Schröder-Müntefering-Flügels der SPD, sondern auch der Wirtschaft und, als deren Teil, der Medien hervorrufen.

Mit allen Mittel: DIE LINKE muss weg

Viele Strategien und Taktiken, die während des Landtagswahlkampfes von den Medien gegen DIE LINKE eingesetzt wurden, sind, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, aus früheren Wahlkämpfen bekannt. Sie reichen von der Nichtberichterstattung über die politischen Inhalte der LINKEN² über die

¹ Noch kurz vor der Wahl, am 12. Januar 2009, erschien im „Spiegel“ ein Artikel, in dem Ypsilantis innerparteilicher Kritiker Klaus Bölling mit den Worten zitiert wurde: „Die hessische Parteivorsitzende hätte ein Parteiordnungsverfahren verdient, weil sie ihre Partei zielstrebig demoliert hat“. „Koch oder Kellner“, Der Spiegel 3/2009, 12. Januar 2009, Seite 24.

² Die diffamierende Homepage „wir-lassen-uns-nicht-linken.de“ von einigen Funktionären der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, die zu einem beträchtlichen Teil auch Mitglieder der CDU sind (vgl. „Hessen: Aufrufe für und wider die LINKE“, Neues Deutschland, 10. Januar 2009), fand in der Medienberichterstattung großen Raum (z. B. „Hessen: Nicht linken lassen“, www.wiso.de, 11. Dezember 2008; „Initiative gegründet. Gewerkschafter gegen Linkspartei“, hr-online, 11. Dezember 2008; „Gewerkschafter

Ausgrenzung von öffentlichen Debatten³, die Zuschreibung tabuisierter Themen aus den Bereichen Religion und Sexualität, die Bedienung antikommunistischer Reflexe, den Einsatz ungünstiger Umfragewerte, die Gleichsetzung der LINKEN mit der NPD⁴ bis hin zur Verweigerung des Abdrucks von Anzeigen⁵.

Daneben war die Medienkampagne gegen DIE LINKE jedoch von einer ganzen Reihe neuer Strategien und Taktiken gekennzeichnet: In bisher nie da gewesener Weise wirkten alle Medienarten – Internet, Printmedien, Fernsehen und Hörfunk – in abgestufter zeitlicher Abfolge und im Wechselspiel von regionaler und bundesweiter Verbreitung zusammen, wobei die initiierenden Meldungen für die einzelnen Teilkampagnen über Austritte von Mitgliedern der LINKEN auffällig oft im „Spiegel“, bzw. dessen Online-Forum „Spiegel-online“, und dem Fernsehprogramm des „Hessischen Rundfunks“ erschienen.

Geradezu beklemmend ist die Einseitigkeit der Berichterstattung, die das Fernsehen des „Hessischen Rundfunks“ als öffentlich-rechtliche Anstalt an den Tag legte: Als der Chefredakteur des Hessen-Fernsehens, Alois Theisen, den Spitzenkandidaten der LINKEN, Willi van Ooyen, nach der Bildungspolitik der LINKEN befragte und dabei die Abkürzung „SED“ für „Sozialistische Einheitsschule Deutschlands“ gebrauchte, konnte selbst die ihrerseits wenig zimperliche konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nicht umhin, dies als „plump“ zu kritisieren⁶. Kamerateams des „Hessischen Rundfunks“ tummelten sich reihenweise in den Wohnzimmern parteiinterner Kritiker der LINKEN in Baunatal, Darmstadt-Dieburg und im Wetteraukreis und gaben deren oft verworrenen, widersprüchlichen und auf den ersten Blick als unzutreffend durchschaubaren Behauptungen unhinterfragt wieder. Selbst vor der nachträglichen Bearbeitung der eigenen Berichterstattung schreckte der „Hessische Rundfunk“ in seinem Online-Medium „hr-online“ nicht zurück: In der Meldung der Parteiaustritte aus Baunatal am 3. Januar 2009 war noch der Name des Landesvorstandsmitglieds Martina Walter enthalten. Nachträglich wurde ihr Name aus der Aufzählung getilgt. So konnte der „Hessische Rundfunk“ am 12. Januar 2009 den Austritt Walters erneut in großer Aufmachung vermelden⁷. Auch die falsche Wiedergabe objektiver Zahlen stellte für den „Hessischen Rundfunk“ offenbar keinen

machen Wahlkampf gegen hessische Linke“, Spiegel-online, 9. Januar 2009; „Weitere Linke treten aus. Wahlabend im Swinger-Club“, Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2009; „Alles, nur nicht die Linkspartei“, sueddeutsche.de, 16. Januar 2009), während der Aufruf von über 250 Gewerkschaftsmitgliedern für DIE LINKE nur gelegentlich in Randbemerkungen erwähnt wurde („Weitere Linke treten aus. Wahlabend im Swinger-Club“, Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2009).

³ Bereits im Landtagswahlkampf 2008 hatte DIE LINKE dagegen protestiert, dass ihr Spitzenkandidat nicht zu den Elefantenrunden des „Hessischen Rundfunks“ eingeladen wurde, obwohl sich die Debatten zu einem großen Teil auf DIE LINKE bezogen. Im Landtagswahlkampf 2009 setzte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ selbst über das formale Kriterium, alle im Landtag vertretenen Parteien einzuladen, hinweg, das der „Hessische Rundfunk“ 2008 noch ins Feld geführt hatte. Selbst Redakteure der FAZ bezeichneten dieses willkürliche Vorgehen der FAZ hinter vorgehaltener Hand als Verstoß gegen die journalistische Objektivität und die Gleichbehandlung in der Berichterstattung.

⁴ Im „Darmstädter Echo“ wurden beispielsweise die Wahlkreiskandidaten des Wahlkreises 49 von CDU, SPD, FDP und Grünen jeweils in einem eigenen Beitrag vorgestellt, der Wahlkreiskandidat der LINKEN jedoch in einem Artikel gemeinsam mit dem der NPD (vgl. „Das wird auch ein Thema für den Presserat“, Interview mit Walter Busch-Hübenbecker, Junge Welt, 21. Januar 2009), wogegen sogar der DGB Südhessen gemeinsam mit ver.di in einer Presseerklärung protestierten („Landtagswahl: ver.di und DGB sauer über Berichterstattung im Echo“, Pressemitteilung des DGB Region Südhessen vom 15. Januar 2009).

⁵ Die Zeitung „Rüsselsheimer Echo“ verweigerte auf Anweisung der Verlagsleitung in Darmstadt den Abdruck eines Wahlaufrufs für DIE LINKE (Vgl. „Skandal“ Echo verweigert Anzeige, http://www.linke-kreis-grossgerau.de/anzeige_wahl.pdf).

⁶ „Wirklich wieder an die Urne“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 2009.

⁷ Vgl. Anmerkung 22.

Tabubruch dar: Während alle anderen Medien die Höhe des Wahlkampfetats, wie in der Pressekonferenz der LINKEN am 17. Dezember 2009 bekannt gegeben, mit 200.000 Euro bezifferten, fand sich in der Berichterstattung auf „hr-online“ die sagenhafte Summe von 600.000 Euro, was Grünen-Landesgeschäftsführer Kai Klose prompt zu einer Presseerklärung mit dem suggestiven Titel *„Woher kommt der Wahlkampf-Zaster der Linkspartei?“* veranlasste. Zu einer Richtigstellung fand sich die Redaktion von „hr-online“ nicht bereit, nach mehreren Telefonaten gestand sie lediglich zu, die Zahl – kommentarlos – ganz zu streichen.

Völlig hemmungslos wurden Ereignisse und Personen während dieser Kampagne umgewertet, wobei selbst Verstöße gegen das eigene neoliberale und antikommunistische Wertesystem keine Hemmschwelle darstellte: So wurde Pit Metz, der von den Medien nach seiner Kandidatur für Platz 1 der Landesliste für die Landtagswahl 2008 noch – völlig unverdient – zum Erzkommunisten stilisiert worden war, plötzlich zum Kronzeugen für Fragen der Demokratie erhoben. Als bekannt wurde, dass die Landtagsabgeordnete Marjana Schott die Stelle eines Wahlkreismitarbeiters auf vier Personen aufgeteilt und dabei auch Hartz-IV-Bezieher eingestellt hatte, wurde die so genannte „Aufstockung von Hartz IV“, die von einem Großteil der Medien sonst als Geheimwaffe neoliberaler Arbeitsmarktpolitik gefeiert wird, plötzlich zum Inbegriff asozialen Verhaltens⁸. Es spricht – abgesehen von dem berechtigten Wunsch der Betroffenen, ihr unzureichendes Einkommen aus Hartz IV durch einen zusätzlichen Teilzeitjob zu erhöhen – nichts dafür, Stellen so aufzuteilen, dass man von ihnen nicht leben kann. Aber es ist der Gipfelpunkt der Heuchelei, wenn neoliberale Parteien und Medien plötzlich und ausgerechnet bei den Mitarbeitern einer Abgeordneten der LINKEN ein soziales Gewissen entdecken, das ansonsten selbst durch Hungerlöhne und die zunehmende Kinderarmut nicht aus der Ruhe zu bringen ist. Georg Fülberth schreibt dazu: *„Die Abgeordnete war früher Insolvenzberaterin, und man kann sich vorstellen, von wie vielen Bewerber(innen) sie umlagert war. Wen nehmen, wen abweisen? Einige wären schon für eine Nebentätigkeit dankbar gewesen. So wurde eine halbe Stelle sozialversicherungspflichtig besetzt, die andere Hälfte wurde zu drei Sechstel-Posten. Solche Notlösungen gibt es landauf, landab, vor allem im Bereich der Genossenschaften und sonstiger Selbstausbeutung. Der Abgeordneten aber wurde vorgehalten, sie nutze wie der schofelste Unternehmer prekäre Beschäftigung. Das wurde zunächst innerparteilich kommuniziert und fand schnell auch seinen Weg in die feindliche Presse. Dass die linke innerparteiliche Opposition bei diesen Attacken mitmachte, lässt an ihrem politischen Verstand zweifeln“*⁹.

Es scheint im Zuge der Wahlkampfberichterstattung auch lenkende Eingriffe „von oben“ gegeben zu haben. Zumindest ist dieser Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn am Freitag vor der Wahl über den Wahlkampfhöhepunkt der LINKEN auf dem Frankfurter Römerberg in „FR-online“ zunächst ein Artikel mit dem Titel „Die Linke macht Druck!“ erscheint, der kurz darauf, gegen 23.30 Uhr, wieder verschwunden ist. Der Artikel, der dann am nächsten Tag in der Print-Ausgabe der

⁸ Vgl. „Ärger über Mini-Jobs bei Hessens Linken“, ZDF.de, 11. Dezember 2009; „Gestückelter Landtagsjob“, Süddeutsche Zeitung, 11. Dezember 2009; „Streit in Hessens Linkspartei“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Dezember 2009; „Linke Basis wirft Parteispitze Stasi-Machenschaften vor“, Spiegel-online, 13. Dezember 2009; „Zehn Prozent Irre“, Der Spiegel 51/2008, 15. Dezember 2009, Seite 40.

⁹ „Genügsame Erleichterung. Zur Lage der Linkspartei nach den jüngsten Landtagswahlen in Hessen“, Junge Welt, 26. Januar 2009.

„Frankfurter Rundschau“ erscheint und auch online gestellt wird, trägt dann den Titel „Keiner ruft nach Oskar“¹⁰.

Versuche, DIE LINKE, wie schon die PDS, unter Anknüpfung an den Antikommunismus des Kalten Krieges, als undemokratisch und von Stasi-Spitzeln durchseucht dazustellen, sind nicht neu. Dieses Geschäft hatten Roland Koch, sein treuer Vasall Jörg-Uwe Hahn von der FDP und der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende der SPD Hessen, Jürgen Walter, im Landtagswahlkampf 2008 noch selbst übernommen. Allerdings mit bescheidenem Erfolg, denn zu offenkundig war der Widerspruch zwischen einer Partei, deren Delegierte kurz zuvor dem Vorschlag des Landesvorstands für Platz 1 der Landesliste nicht gefolgt war, und dem von Koch, Hahn und Walter gezeichneten Bild einer zentralistischen Kaderpartei, in der alle Mitglieder von einer allmächtigen Parteiführung wie Marionetten dirigiert werden.

Das Scheitern der taktischen Umsetzung dieser Strategie des Antikommunismus erforderte einen Neuansatz. Ein nahe liegender Gedanke ist, das üble Geschäft andere besorgen zu lassen und sich dazu auf „Zeugen“ aus der Partei selbst zu stützen. Diese Taktik hat einerseits den Vorteil, das Bild nicht zu stören, das Koch von sich als treu sorgendem Landesvater zeichnen ließ. Antikommunistische Wadenbeißerei wäre mit diesem Image der Biederkeit schwer vereinbar gewesen. Zugleich hat sie den Vorteil, dass auf die persönliche Beschädigung, die Gefährdung der Glaubwürdigkeit und Reputation der „Zeugen“ keinerlei Rücksicht genommen werden muss: Dass die „Zeugen“ aus der LINKEN selbst durch die Unhaltbarkeit ihrer Vorwürfe und Unterstellungen nach der Wahl restlos verbrannt sein würden, brauchte weder Koch und Hahn noch die Medien in irgend einer Weise zu bekümmern.

Die Medien hatten die zahlreichen Parteitage der hessischen LINKEN aufmerksam verfolgt. Während dieser Parteitage wurden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten offen ausgetragen. Daraus entwickelte ein Teil der Medien die Strategie, die hessische LINKE als desolat, zerstritten und um sich selbst kreisend darzustellen. Sie griffen vorhandene innerparteiliche Differenzen auf und verstärkten sie durch eine einseitige und aufgebauschte Berichterstattung. Die weit überwiegende Mehrheit der Partei, die während dieser Zeit mit viel persönlichem Engagement den Wahlkampf organisierte, wurde aus der medialen Wahrnehmung ausgeblendet.

Vor diesem Hintergrund war es mehr als ein Zufall, dass sich innerhalb der LINKEN zahlreiche Mitglieder fanden, die kurz vor der Wahl organisiert in mehreren Wellen mit den kaum variierten Vorwürfen von „Stasi-Machenschaften“, „SED-Methoden“ und „unhaltbaren innerparteilichen Zuständen“ unter großer Beachtung in den Medien in ganz Deutschland ihren Austritt aus der Partei erklärten. Und es ist ebenso wenig ein Zufall, dass die Medien ihre ehemals innerparteilichen „Zeugen“ kurz nach der Wahl fallen ließen und diskreditierten, um den Schaden für das eigene Image einzudämmen – allen voran die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die bereits am Wahlsonntag in ihrer Sonntagsausgabe einen der Hauptkronzeugen aus Baunatal

¹⁰ „Keiner ruft nach Oskar“, Frankfurter Rundschau, 17. Januar 2009; folgt man dem Link des Internetsuchdienstes Google (http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1660911) auf den wieder entfernten Artikel „Die Linke macht Druck!“, erhält man nach wie vor die Meldung: „Der angegebene Artikel ist über diese Seite nicht verfügbar!“.

öffentlich bloßstellte¹¹. – Dieses skrupellose Ausnutzen und Bloßstellen von Personen, wie es bislang allenfalls von Boulevard-Blättern bekannt war, auch durch renommierte Zeitungen ist ebenso erschreckend wie neuartig. Der persönliche Preis, den manche der Betroffenen für wenige Tage Präsenz im Fokus der bundesweiten Medien bezahlen mussten, ist hoch.

Nach Aussagen verschiedener Journalisten ist das Ausmaß, mit dem sie von innerhalb und außerhalb der Partei mit Informationen, internen E-Mails, ganzen Aktenordnern von Papieren während des Wahlkampfs über DIE LINKE „informiert“ wurden, vorher nie da gewesen. Ebenso neuartig ist jedoch, in welchem Umfang Journalisten ganze Arbeitstage damit verbrachten, nicht nur Mitglieder des Landesvorstandes, sondern auch Basismitglieder aus verschiedenen Kreisverbänden reihenweise abzutelefonieren.

Kampagne ohne Show-down – Was ging schief?

Am Beginn der einzigartigen Medienkampagne steht am 19. November 2008 die Entscheidung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, DIE LINKE als einzige im Landtag vertretene Partei nicht zu ihren vier thematischen Wahlkampfforen einzuladen. Die FAZ versuchte gar nicht erst, diese Entscheidung mit irgendeiner Begründung legitim erscheinen zu lassen, sondern bekannte sich ganz offen zu ihrem Ziel, DIE LINKE aus dem Spektrum der demokratischen Parteien auszugrenzen. Mit diesem Testballon steckte das konservative Leitmedium FAZ den Rahmen für den weiteren Umgang der Medien mit der LINKEN in diesem Wahlkampf ab. Dass die Einseitigkeit und offene Parteilichkeit der FAZ weder bei den übrigen Parteien noch bei Gewerkschaften¹², Kirchen und anderen Verbänden und Organisationen einen scharfen öffentlichen Protest hervorrief, wirkte wie ein Signal auf die übrigen Medien, dass in diesem Wahlkampf gegenüber der LINKEN alles erlaubt sein würde, was dieser schade. Hätte es zu diesem Zeitpunkt deutlich wahrnehmbare Proteste aus der Gesellschaft gegeben, wäre das Verhalten der Medien während des Wahlkampfs deutlich anders ausgefallen.

In der Folgezeit fanden die politischen Inhalte der LINKEN in der Wahlkampfberichterstattung kaum mehr Niederschlag. Hatte DIE LINKE im Landtagswahlkampf 2008 mit Themen wie beispielsweise Mindestlohn, Rekommunalisierung der Uni-Krankenhäuser in Gießen und Marburg noch Berücksichtigung in den Medien gefunden, so waren ihre Forderungen in der Berichterstattung über den Landtagswahlkampf 2009 kaum wahrnehmbar. Dies ist einer der Gründe, warum dieser Wahlkampf inhaltlich langweilig und wenig zugespitzt ausfiel. – Es ist bezeichnend, dass viele Journalisten bereits am Wahlabend im persönlichen Gespräch zum Ausdruck brachten, dass sie froh seien, dass DIE LINKE im Landtag vertreten bleibe, weil sonst gähnende Langeweile in den Landtag einzöge.

Erster Akt der Medienkampagne war der Parteiaustritt der Kasseler Kreistagsabgeordneten Christa Pfeil, die der LINKEN, gestützt auf eine aus dem Zusammenhang einer langen und schwer durchschaubaren persönlichen Auseinandersetzung gerissenen E-Mail, die fortan als „Bewegungsprotokoll“ firmierte, „Stasi-Methoden“ und „Bespitzelung“ vorwarf. Dass viele Journalisten den Vorgang im persönlichen Gespräch selbst als Provinzposse charakterisierten, hielt sie jedoch nicht davon ab, ihr in der Berichterstattung breiten Raum zu geben. Dies fiel ihnen

¹¹ „Brennende Köpfe in brennenden Hütten“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Januar 2009.

¹² Immerhin reagierten der DGB Hessen und ver.di Hessen mit Presseerklärungen.

umso leichter, als sich weitere innerparteiliche Stimmen fanden, die die Vorwürfe zu bestätigen schienen: *„Ferdinand Hareter, Vorsitzender eines anderen Kreisverbandes, forderte die Parteigenossen aus dem Kasseler Kreisvorstand zum Rücktritt auf“*¹³.

Der nächste Schritt folgte mit der Berichterstattung über den Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste am 29. und 30. November in Flörsheim: Der in einer demokratischen Partei völlig normale aber erfolglose – alle Kandidatinnen und Kandidaten der selbsternannten innerparteilichen Opposition erhielten von den Delegierten jeweils nur eine Hand voll Stimmen – Versuch, die ersten sechs Plätze der Landesliste und damit die Zusammensetzung der künftigen Landtagsfraktion zu verändern, wurden mit Überschriften wie *„Die hessische Linkspartei gespalten“*¹⁴ zu einer Existenz gefährdenden Verwerfung stilisiert. Eine Rangelei, als ein Gast des Parteitages sich nach der Überschreitung der Redezeit weigerte, das Mikrofon abzugeben, wurde nachträglich gar zu *„einer regelrechten Schlacht um ein Redner-Mikrofon“*¹⁵.

Am 13. Dezember meldeten zunächst *„Spiegel-online“* und *„hr-online“*¹⁶ und am 15. Dezember der *„Spiegel“*¹⁷, dass *„Dutzende“* Parteimitglieder mit ihrem Parteiaustritt drohten. DIE LINKE. Hessen sei, so der *„Spiegel“*, *„dabei, sich selbst zu zerlegen“*. Diese These von der Selbstzerlegung stützte sich allerdings nicht auf die Aussagen der angekündigten *„Dutzende Genossen“*, die angeblich die Partei verlassen wollten. Genannt wurden in dem Artikel neben der bereits ausgetretenen Christa Pfeil, lediglich sechs Mitglieder: Hans Ortmann, ehemaliger Kreisvorsitzender in Darmstadt-Dieburg, der bereits im November ausgetreten war, das Baunataler Landesvorstandsmitglied Martina Walter, eine nicht namentlich genannte zurückgetretene Vorsitzende des Kreisverbandes Marburg-Biedenkopf, Pit Metz, der zu diesem Zeitpunkt, laut *„Spiegel“* sein Amt als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands ruhen ließ, Helge Welker aus dem Kreisverband Wetterau und der Vorsitzende des Ortsverbandes Baunatal, Bernd Heinicke.

Um das Bild von einer inneren Zersetzung der LINKEN in Hessen glaubwürdig zu machen und argumentativ zu stützen, griffen die Medien auf eine parteiinterne Mail der Landesvorsitzenden Ulrike Eifler an die Mitglieder des Landesverbandes zurück, die wie viele andere Dokumente auf ungeklärte Weise einen Weg in die Medien fand. In ihrer Weihnachts-Mail an die Mitglieder distanzierte sich Eifler von einem Newsletter der Wahlkampfleitung, der Eifler selbst angehörte. In diesem Newsletter hatte die Wahlkampfleitung die Medien und die Mitglieder, die anonym ihre Austritte angekündigt hatten, scharf angegriffen: *„Aus einzelnen Austritten, die aktuell nicht die Höhe von Eintritten überschreiten, wurden Dutzende Parteiaustritte gemacht“*. Eifler wies in ihrer Mail an die Mitglieder darauf hin, die Partei müsse *„nach der Wahl ,vor allem nach innen‘ entwickelt werden. Wenn es nicht gelinge, die ,organisationspolitischen Probleme‘ des Landesverbandes in den Griff zu bekommen, werde ,die Erfolgsgeschichte der Linken kurz sein“*¹⁸. Diese Sätze Eiflers über ihre Befürchtungen für die weitere Entwicklung der LINKEN wurden von zahlreichen

¹³ „Linke sollen Linke bespitzelt haben“, taz.de, 16. November 2008.

¹⁴ „Ein bisschen Demokratie. Die hessische Linkspartei gespalten“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 2008.

¹⁵ „Hessen: Linkspartei zittert vor Fünf-Prozent-Hürde“, Leipziger Volkszeitung, 15. Januar 2009.

¹⁶ „Demokratiedefizite – Linke drohen mit Parteiaustritten“, hr-online, 13. Dezember 2008; „Linke Basis wirft Parteispitze Stasi-Machenschaften vor“, Spiegel-online, 13. Dezember 2008.

¹⁷ „Zehn Prozent Irre“, Der Spiegel 51/2008, 15. Dezember 2008, Seite 40f.

¹⁸ „Genossen gegen Genossen“, Süddeutsche Zeitung, 30. Dezember 2008.

Medien aufgegriffen¹⁹ und galten fortan als schlagendes Argument für deren inneren Zerfall. Eine völlig unspektakuläre Äußerung, die außerhalb des Wahlkampfes keinerlei Beachtung gefunden hätte, wurde zur Begründung eines unüberbrückbaren innerparteilichen Zerwürfnisses herangezogen. Diese Erfahrung wirft für die noch junge Partei das Problem auf, wie die notwendige offene Debatte auch über innerparteiliche Differenzen gestaltet werden kann, wenn die Diskussionsteilnehmer sich jederzeit in Gefahr befinden, dass von interessierten Medien einzelne Äußerungen instrumentalisiert und gegen die gesamte Partei gewendet werden. Diese – aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannte – Suche nach der schwierigen Balance zwischen der Freiheit in der Diskussion und der Einheit in der Aktion in einem „feindlichen Umfeld“ darf jedenfalls nicht dazu führen, dass notwendige Debatten unterbleiben. Der Schaden für die innerparteiliche Demokratie wäre immens. Sie darf allerdings auch nicht dazu führen, dass einzelne Äußerungen das Bild der gesamten Partei prägen. Patentrezepte gibt es dafür nicht, durch die gewachsene Bedeutung der Partei sind die Anforderungen an das Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Akteure erheblich gestiegen.

Selbst Eiflers späteres Schweigen über ihre Einschätzung der innerparteilichen Situation wurde von einem Teil der Medien als stumme Bestätigung des inneren Zerfalls interpretiert: *„Dabei gärt es keineswegs nur an der Basis; die Landesvorsitzende Ulrike Eifler teilt viele der Kritikpunkte, meldete sich nach diversen Querelen für den Dezember krank, will sich dazu aber vor der Wahl nicht mehr öffentlich äußern“*²⁰.

Georg Fülberth kommentiert das Nicht-Agieren der innerparteilichen Strömung „basis aktiv“ so: *„Mitten im Wahlkampf bekam die hessische ‚Linke‘ eine neue Strömung: ‚basis aktiv‘. Sie kümmerte sich vor allem um innerorganisatorische Probleme. Vom Landesvorstand bis hinunter in einzelne Kreisvorstände erweckten manche Funktionärinnen und Funktionäre den Eindruck, als befänden sie sich im Zustand der inneren Kündigung. [...] Dadurch, dass die Aufständischen als wahlkampf-fern erschienen, haben sie sich selbst ausgetrickst. Sie haben sich verzockt und damit als – das Wort ist hart, aber gerecht – politikunfähig erwiesen“*²¹.

Kurz darauf meldeten die Medien, allen voran der „Hessische Rundfunk“, die bereits angekündigten Austritte aus dem Ortsverband Baunatal: *„Insgesamt haben 33 Mitglieder des Ortsverbandes Baunatal zum 31. Dezember 2008 – und damit zwei Wochen vor der Landtagswahl – ihren Parteiaustritt erklärt. Darunter befinden sich die drei Vorstandsmitglieder Bernd Heinicke, Martina Walter und Stawri Sarbidi“*²². Die Parteiaustritte wurden zum „Mitgliederschwund“²³ aufgebauscht, wobei die

¹⁹ Vgl. „Austritte bei der Linkspartei“, Der Spiegel 2/2009, 5. Januar 2009, Seite 12; „Weitere Parteiaustritte bei der Linken“, hr-online, 3. Januar 2009; „Hessen-Linken sollen Mitglieder davonlaufen“, Berliner Morgenpost, 3. Januar 2009; „Mitgliederschwund in Hessen“, Spiegel-online, 4. Januar 2009; „Exodus bei der hessischen Linkspartei“, Hannoversche Allgemeine, 5. Januar 2009; „Neuer Knatsch bei den Linken“, Frankfurter Rundschau, 5. Januar 2009.

²⁰ „Rasanter Abschwung in Rot“, Süddeutsche Zeitung, 14. Januar 2009.

²¹ „Genügsame Erleichterung. Zur Lage der Linkspartei nach den jüngsten Landtagswahlen in Hessen“, Junge Welt, 26. Januar 2009.

²² „Weitere Parteiaustritte bei der Linken“, hr-online, 3. Januar 2009. Kurz darauf wurde der letzte Satz des Zitats geändert, der Name Martina Walters wurde getilgt: „Darunter befinden sich die zwei Vorstandsmitglieder Bernd Heinicke und Sawri Sarbidi“. (Die Kurzzusammenfassung des Internet-Suchdienstes „Google“, die dem Autor vorliegt, enthielt noch längere Zeit die ursprüngliche Version des Satzes). So kam es, dass Martina Walter gleich zwei Mal unter großem medialem Echo austreten konnte, ohne dass die Medien dies bemerkt hätten. Oder doch?

²³ „Mitgliederschwund in Hessen“, Spiegel-online, 4. Januar 2009.

Medien weder interessierte, dass der Ortsverband überhaupt nicht über 33 Mitglieder verfügte, noch, dass die Partei in Hessen im Jahr 2008 um 732 Mitglieder auf 2.645 Mitglieder gewachsen war, und mithin im Gegensatz zu allen anderen Parteien ein rasantes Wachstum verzeichnen konnte.

Zeitgleich kündigten die Medien weitere Austritte von kommunalen Abgeordneten der LINKEN²⁴ und eines Landesvorstandsmitglieds für Mitte Januar²⁵ an. *„Nach Informationen der Nachrichtenagentur ddp sind die Austritte der teils prominenten Parteimitglieder noch vor der Wahl geplant“*²⁶.

Zur Untermauerung zogen die Medien in diesem Fall Äußerungen von einem *„hochrangigen Landesvorstandsmitglied, das nicht genannt werden wollte“*, heran, das betonte, *„dass auch das Führungsgremium total gespalten sei“*²⁷. Helge Welker, Stadtverordneter der LINKEN in Rosbach im Wetteraukreis, rief sogar direkt dazu auf, seine eigene Partei nicht zu wählen: *„Für die linke Idee wäre es besser, wenn diese Partei mit diesen Menschen nicht in den Landtag käme“*²⁸. *„Wir dürfen mit solchen Menschen nicht in den Landtag einziehen. [...] Ich hoffe, dass wir es nicht schaffen“*²⁹. Ferdinand Hareter, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE. Hessen, äußert sich in einer E-Mail, die ebenfalls den Weg in die Medien fand, über die alte und künftige Fraktion seiner Partei im Hessischen Landtag: *„Ich für meinen Teil schäme mich für die geistigen Ergüsse, die da aus der Landtagsfraktion versandt werden“ [...] Meistens verbreite die Fraktion der Linken ‚politisch flache Meldungen, die mangelndes Fachwissen offenbaren‘, so Hareter. ‚Da kann man schon froh sein, dass das keiner liest“*³⁰.

Am 6. Januar wird durch den „Hessischen Rundfunk“ der Parteiaustritt des Mitglieds des geschäftsführenden Landesvorstands Pit Metz bekannt gegeben³¹. Seine Austrittserklärung war, nachdem sie ein Mitglieder des Landesvorstandes und Marburger Kreisvorstandes, das sich wie Metz der Gruppe „basis aktiv“ zurechnet, parteiintern weiter geleitet hatte, auf Umwegen an die Medien gelangt. Metz' Austritt löste eine erneute Welle von Negativschlagzeilen in den Medien aus³². Anders als die bisher Ausgetretenen erhob Metz nicht den Vorwurf von „Stasi-Machenschaften“, sondern beklagte ein „Panorama des Elends“ und kennzeichnete den Zustand der hessischen Linken als „unheilbar desolat“. Erstmals wird in den Medien im Zusammenhang mit Pit Metz' Austritt die Frage nach dem Zeitpunkt kurz vor der

²⁴ Vgl. z. B. „Exodus bei der hessischen Linkspartei“, Hannoversche Allgemeine, 5. Januar 2009; „Es zerreißt die hessische Linkspartei“, Badische Zeitung, 5. Januar 2009.

²⁵ „Austritte bei der Linkspartei“, Der Spiegel 2/2009, 5. Januar 2009, Seite 12; „Hessen-Linken sollen Mitglieder davonlaufen“, Berliner Morgenpost, 3. Januar 2009.

²⁶ „Neuer Knatsch bei den Linken“, Frankfurter Rundschau, 5. Januar 2009.

²⁷ „Es zerreißt die hessische Linkspartei“, Badische Zeitung, 5. Januar 2009; „Exodus bei der hessischen Linkspartei“, Hannoversche Allgemeine, 5. Januar 2009; „33 auf einen Streich“, Fränkische Nachrichten, 5. Januar 2009.

²⁸ „Austritte erschüttern hessische Linkspartei“, FAZ, 6. Januar 2009.

²⁹ „Linkspartei zerfleischt sich selbst“, Frankfurter Rundschau, 7. Januar 2009; siehe auch: „Lust an der Selbstzerfleischung“, Die Zeit, 12. Januar 2009.

³⁰ „Linkspartei zerfleischt sich selbst“, Frankfurter Rundschau, 7. Januar 2009.

³¹ „Ex-Spitzenkandidat verlässt Partei“, hr-online, 6. Januar 2009.

³² „Ex-Spitzenkandidat Metz tritt aus Linkspartei aus“, Spiegel-online, 6. Januar 2009; „Linkspartei zerfleischt sich selbst“, Frankfurter Rundschau, 7. Januar 2009; „Eine Panorama des Elends“, Frankfurter Rundschau, 7. Januar 2009; „Hessens Linke kämpft mit Parteiaustritten“, Berliner Morgenpost, 7. Januar 2009; „Hessische Linke kämpft mit internem Chaos“, Financial Times Deutschland, 7. Januar 2009, Seite 11; „Massenaustritte nach internem Zwist in der hessischen Linkspartei“, Die Welt, 7. Januar 2009; „Pit Metz verlässt Linke“, Mannheimer Morgen, 7. Januar 2009; „Unheilbar desolat“, Die Welt-online, 8. Januar 2009; „Metz legt nach. ‚Kann mit Feindschaft nicht umgehen‘“, hr-online, 9. Januar 2009.

Wahl thematisiert. Auf die Frage *„Hätten Sie mit Ihrem Austritt nicht warten müssen bis nach der Wahl?“* antwortet Metz in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“: *„Nein, nach der Wahl ist vor der Wahl. Bei so einer grundsätzlichen Frage geht es nicht um den Zeitpunkt. Der Zeitpunkt ist da, wenn man sich entschieden hat“*³³.

Nachdem der Umgang der Medien mit der LINKEN bis dahin nur in der „Jungen Welt“ und im „Neuen Deutschland“³⁴ kritisch hinterfragt worden war, stellte nun auch Pit von Bebenburg in der „Frankfurter Rundschau“ die Frage nach dem großen Nachdruck „interessierter Kreise“ an der vermeintlichen internen Krise der LINKEN in Hessen: *„Man kann den Gegnern der Linken nicht verdenken, dass sie diese Zustände für eine Kampagne gegen die ‚Chaos-Truppe‘ nutzen. Bemerkenswert ist allerdings, mit wie viel Nachdruck von interessierten Kreisen auf das Knirschen im Gebälk der Linken hingewiesen wird“*³⁵. Allerdings hatte sein Kollege Matthias Thieme bereits einen Tag zuvor, ebenfalls in der „Frankfurt Rundschau“, von Bebenburgs Frage implizit beantwortet, wobei er erstmals ein mögliches Scheitern an der 5-Prozent-Hürde direkt thematisiert hatte: *„Es gibt Anzeichen dafür, dass die Basis ihren Spitzenkandidaten die Unterstützung verweigert und dabei sogar ein Scheitern der Partei an der Fünf-Prozent-Hürde in Kauf nimmt – oder [...] sogar wünscht. Und es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Konflikt zwischen Basis und Parteiführung nicht nur auf Hessen beschränkt ist [...]. Den Vorwurf des Dirigismus und der Bevormundung, der sich aus den Ländern gegen die Berliner Parteiführung richtet, werden die Bundespolitiker nicht einfach abtun können, wenn er lauter und von vielen Mitgliedern erhoben wird“*³⁶. – Das liest sich beinahe wie eine Drohung im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Am 8. Januar 2009 erscheint ein Artikel auf „Spiegel-online“, in dem Helge Welker den Fahrplan der Kampagne bis zur Landtagswahl bekannt gibt. Als Ziel formuliert Welker: *„Wir wünschen uns, dass die Linke am 18. Januar 4,9 Prozent erhält und den Einzug in den Landtag verpasst“*. Welker kündigt an, dass weitere Austritte in zwei Gruppen geplant seien: Es *„würden in der nächsten Woche weitere ‚20 bis 30 Genossen austreten‘, kündigt er an. Eine noch größere Anzahl Mitglieder wolle ebenfalls ‚raus aus der Linken‘, damit jedoch noch bis nach der Wahl warten, ‚um den Konservativen nicht zu helfen“*³⁷. Damit ist als Ziel der organisierten Parteiaustritte ganz offen benannt, DIE LINKE unter fünf Prozent zu drücken, was von den Medien als drohende Gefahr vielfach aufgegriffen wird: *„In Umfragen liegt sie [DIE LINKE] bei 5 Prozent. Ihre Krise ist derzeit vor allem eine mediale Inszenierung. Real wird sie, wenn sie am 18. Januar bei 4,9 Prozent landet“*³⁸. *„Der Wiedereinzug in den nächsten hessischen Landtag ist akut gefährdet. Ein Scheitern bei den Wahlen am 18. Januar wäre für die Partei ein schwerer Rückschlag. Der Einzug in den Wiesbadener Landtag galt der Parteispitze als entscheidender*

³³ „Das gehört sich einfach nicht“, Interview mit Pit Metz, FR-online, 7. Januar 2009 und „Unter Feinden“, Interview mit Pit Metz, Frankfurter Rundschau, 9. Januar 2009; vgl. „Metz legt nach. ‚Kann mit Feindschaft nicht umgehen‘“, hr-online, 9. Januar 2009.

³⁴ „‚Spitzel-Affäre‘ in Hessens Linkspartei?“, Neues Deutschland, 22. November 2008; „Hessen vor der Wahl. Kochs einziger Gegenpol ist die Linke“, Junge Welt, 17. Dezember 2008.

³⁵ „Ende der linken Unschuld“, Frankfurter Rundschau, 8. Januar 2009.

³⁶ „Linke Zerfleischung“, Frankfurter Rundschau, 7. Januar 2009.

³⁷ „Austritte erschüttern Hessens Linke“, Spiegel-online, 8. Januar 2009; der Artikel erscheint – mit einigen wenigen Ergänzungen – erneut auf Spiegel-online am 10. Januar 2009.

³⁸ „Häutungen gefährden Linkspartei“, die tageszeitung, 10. Januar 2009.

Durchbruch beim Projekt ‚Westausdehnung‘³⁹. „Nun sehen aber Umfragen sie gerade bei fünf Prozent, womöglich auch aufgrund der internen Querelen“⁴⁰.

Am 12. Januar werden die Parteiaustritte öffentlich, die Helge Welker bereits am 8. Januar auf „Spiegel-online“ angekündigt hatte. Wie schon bei dem Austritt von Pit Metz, macht der „Hessische Rundfunk“ (Hessenschau) als erstes Medium die Austritte von 13 Mitgliedern bekannt. In den folgenden Tagen beziehen sich alle Print- und Online-Medien auf Angaben des „Hessischen Rundfunks“⁴¹. Neben Helge Welker werden Helmut Werner, Martin Hinz, Hans-Jürgen Mogk und das Landesvorstandsmitglied Martina Walter genannt. Walters Parteiaustritt war allerdings bereits wesentlich früher der Homepage des „Hessischen Rundfunks“ zu entnehmen, ihr Name wurde jedoch später aus dem Artikel wieder entfernt⁴².

An diesem Punkt war die Kampagne einer medialen Inszenierung organisierter Wellen von Parteiaustritten übersteuert. Ihre Wirkung begann, sich in ihr Gegenteil umzukehren: Zu auffällig war das planvolle Vorgehen, die gezielte Bekanntmachung der Austritte kurz vor der Wahl und die Diskrepanz der geringen Austrittszahlen in Relation zur Gesamtzahl der Mitglieder: *„Der Parteiaustritt von Walter sei bereits seit sechs Wochen bekannt, sagte der Sprecher des Linken-Landesverbandes, Achim Kessler. Ihn wundere, dass dies nun wenige Tage vor der Wahl Thema werde“⁴³. In der Folge werden immer häufiger auch kritische Bemerkungen über die Rolle der Medien Bestandteil der Berichterstattung: „Bartsch amüsiert sich darüber, dass Metz, dessen flapsige Vergleiche zwischen dem DDR-Schießbefehl an der Mauer und dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan ihn die Spitzenkandidatur kosteten, heute als ‚Kronzeuge der Demokratie‘ diene. Zur ‚Einheitsfront aller Parteien‘ gegen die Linkspartei habe sich nun eine vorherrschende Medienmeinung über das Wirken seiner Partei in Hessen herausgebildet. Am Wochenende habe er eine ‚geballte Ladung‘ negativer Berichte ertragen müssen. Doch ‚am 19. Januar‘, dem Tag nach der Wahl, werde das schlagartig aufhören, glaubt er. Ob die Publizität der Austritte ‚wahlpolitisch‘ viel bewirke, sei offen“⁴⁴. „Der Frankfurter Linke-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke sprach von einer ‚medialen Inszenierung‘. Während SPD und CDU im vergangenen Jahr bundesweit Tausende von Mitgliedern verloren hätten, verzeichne die Linkspartei einen Zuwachs. ‚Viele sind eingetreten, einige wenige sind gegangen‘“⁴⁵.*

Zwar ist nach wie vor davon die Rede, dass *„am Wahlabend [...] zum Teil horchrangige Linke ebenfalls der Partei den Rücken kehren“* wollen⁴⁶. Aber die Kampagne hat ihren Höhepunkt überschritten. Die Kampagne eines Teils der Medien gegen DIE LINKE zerfasert zusehends, selbst renommierte Zeitungen wie die

³⁹ „Linker Aufbruch gerät ins Trudeln“, Stuttgarter Nachrichten, 10. Januar 2009.

⁴⁰ „Lust an der Selbstzerfleischung“, Zeit-online, 12. Januar 2009.

⁴¹ „Neue Austrittswelle erfasst Hessens Linkspartei“, Spiegel-online, 12. Januar 2009; „Hessische Linke zerlegt sich selbst“, Handelsblatt.com, 12. Januar 2009; „Exodus von Linkenmitgliedern in Hessen geht weiter“, PR-inside, 12. Januar 2009; „Weitere Parteiaustritte bei den Linken“, Focus-online, 12. Januar 2009; „Austrittswelle bei hessischer Linkspartei“, t-online.de, 12. Januar 2009; „Neue Austrittswelle erfasst Hessens Linkspartei“, Spiegel-online, 12. Januar 2009; „Linkspartei: Weitere Austritte vor Landtagswahl“, FR-online, 12. Januar 2009; „Wenige Tage vor der hessischen Landtagswahl kommt der Landesverband der Linkspartei nicht zur Ruhe“, Südthüringer Zeitung, 12. Januar 2009; „Austrittswelle bei den Linken in Hessen rollt“, Financial Times Deutschland, 13. Januar 2009, Seite 9.

⁴² Vgl. Anmerkung 22.

⁴³ „Weitere Parteiaustritte bei den Linken“, Focus-online, 12. Januar 2009.

⁴⁴ „Von Kadereliten und Häutungsprozessen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Januar 2009.

⁴⁵ „Zentralismus und Observation“. Weitere Parteiaustritte bei den hessischen Linken“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Januar 2009.

⁴⁶ „Linken steht das Wasser bis zum Hals“, Mannheimer Morgen, 13. Januar 2009.

„Frankfurter Rundschau“ kaprizieren sich nun im Stile bekannter Boulevard-Blätter auf Meldungen über die „Wahlparty im Swinger-Club“⁴⁷ der Direktkandidatin Heidi Lippman aus dem Lahn-Dill-Kreis. Auch zu diesem Thema wird *„ein ehemals hochrangiges Noch-Mitglied“* anonym mit einem Kommentar zitiert: *„Man muss aufpassen, womit man mittlerweile in Verbindung gebracht wird“*⁴⁸. Doch diese an Prüderie und sexuelle Tabus anknüpfenden Meldungen verfangen ebenso wenig wie die an einem religiösen Tabu ansetzenden Meldungen über einen Direktkandidaten aus Nordhessen, der für seine private Beschäftigung mit Naturreligionen diskreditiert wird⁴⁹.

Am 14. Januar erschien schließlich eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Forsa“ im Auftrag der „Frankfurter Rundschau“, in der für DIE LINKE ein Wahlergebnis von nur noch vier Prozent vorhergesagt wird. Dies kam nicht unerwartet: Bereits unmittelbar vor der Landtagswahl 2008 war eine Forsa-Umfrage erschienen, in der DIE LINKE unter fünf Prozent lag. Einige Tage vor der Forsa-Umfrage wurden zwei Umfragen im Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender ARD⁵⁰ und ZDF⁵¹ veröffentlicht, in denen DIE LINKE stabil bei fünf Prozent lag. Auffällig dabei ist, dass alle drei Umfragen in ungefähr demselben Zeitraum erhoben wurden, die Umfrage im Auftrag der ARD vom 5. bis zum 7. Januar 2009, die Umfrage im Auftrag des ZDF vom 6. bis zum 8. Januar 2009 und die Umfrage im Auftrag der „Frankfurter Rundschau“ vom 6. bis zum 9. Januar 2009. Auch die Größe der Stichproben war bei allen drei Umfragen nahezu identisch. Warum fiel die Umfrage im Auftrag der „Frankfurter Rundschau“ also ein Prozent schlechter aus, als die beiden anderen Umfragen? Und warum wurde dieses für DIE LINKE ungünstige Umfrageergebnis fünf Tage auf Eis gelegt, um dann kurz vor der Wahl veröffentlicht zu werden? Es bedarf keiner besonderen Neigung zu Verschwörungstheorien, um den Verdacht zu hegen, dass mit dieser Umfrage Einfluss auf das Wahlverhalten genommen werden sollte.

Wie schon den Beginn leitete das konservative Leitmedium „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ auch das Ende der Kampagne gegen DIE LINKE ein. Bereits am Wahlsonntag erschien in der Sonntagsausgabe der FAZ ein Artikel, in dem Bernd Heinicke und sein Engagement gegen DIE LINKE erstmals einer kritischen Betrachtung unterzogen wird: *„Der Mann, der die Linkspartei zu Fall bringen will, wühlt sich durch die Aktenstapel in seinem Wohnzimmer. Er hat alles aufgehoben. Alles und jedes. Jede Korrespondenz, jeden Vertrag, jede Aussage. Das sind alles Beweise. Ich will sie zersetzen.“* Wie schon Welker bestätigt auch Heinicke, dass die Parteiaustritte von langer Hand beplant waren: *„Aus verschiedenen Orts- und Kreisverbänden kamen sie zu ihm. Ende des Jahres [2008] planten sie ihren Abgang beim Fröhschoppen im Café ‚Klatsch‘. Der sollte vor allem nicht leise sein. Heinicke drängte darauf, dass alle nach und nach austreten, nicht gleichzeitig. Ein Schrecken ohne Ende statt ein Ende ohne Schrecken. Und zwar erst im Januar, kurz vor der Landtagswahl. ‚Damit drücken wir die Linkspartei unter fünf Prozent.“*⁵²

⁴⁷ „Wahlparty im Swinger-Club“, Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2009.

⁴⁸ „Linken steht das Wasser bis zum Hals“, morgenweb, Das Nachrichtenportal Rhein-Neckar, 13. Januar 2009.

⁴⁹ „Für Hessens Linke ist es wie verhext“, Hannoversche Allgemeine, 13. Januar 2009; „Neues vom Hexer“, Die Zeit, 15. Januar 2008, Seite 8.

⁵⁰ Infratest dimap, veröffentlicht am 8. Januar 2008.

⁵¹ Forschungsgruppe Wahlen, veröffentlicht am 10. Januar 2008.

⁵² „Brennende Köpfe in brennenden Hütten – ‚Gegenseitiges Misstrauen auf regionaler Basis‘: Wie ein pensionierter Elektrotechniker auszog, die Linke das Fürchten zu lehren“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Januar 2009, Nr. 3, Seite 4.

Was die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ freilich nach wie vor verschweigt ist, dass diese beispiellose Inszenierung ohne die tatkräftige Unterstützung eines großen Teils der Medien – auch der FAZ – nicht möglich gewesen wäre. Folgerichtig stellt die FAZ auch nicht die Frage, in wessen Interesse die Inszenierung lag. Wenn die Darstellung, die die FAZ von Heinecken als einem skurrilen, papiersammelwütigen Querulanten gibt, zutreffend ist, schließt sich unmittelbar die Frage an, wer denn dann die komplexe mehrstufige mediale Inszenierung unter Einbeziehungen landes- und bundesweiter Zeitungen, Magazine und Sender so geschickt erdacht und koordiniert hat.

Das Ziel, DIE LINKE unter fünf Prozent zu drücken, hatten alle Akteure gemein: Die konkurrierenden Parteien bei der Landtagswahl, ein Großteil der Medien und – nach deren eigenem Bekunden – die ausgetretenen innerparteilichen Kritikerinnen und Kritiker. Was die Motivlage angeht, so ist diese nur bei den Konkurrenzparteien und den Medien klar durchschaubar: Es ging ihnen gemeinsam darum, DIE LINKE frühzeitig im Superwahljahr 2009 in die Knie zu zwingen. Das ist für DIE LINKE ein ehrenvoller Befund: Zeigt er doch, dass DIE LINKE ein höchst wirksamer Stachel im Fleisch der neoliberalen Einheitsparteien ist. Ansonsten hätten sie es kaum für nötig erachtet, DIE LINKE so massiv und konzentriert anzugreifen. – Was die Motivlage der ausgetretenen selbst ernannten ‚Basisdemokraten‘ angeht, so ist diese wesentlich schwerer zu ergründen. Ein mögliches und zugleich höchst plausibles Motiv wäre jedoch die Spekulation auf eine Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse nach einer verlorenen Wahl. Das wäre denn auch eine Erklärung dafür, dass ein Teil der austrittswilligen innerparteilichen Kritiker ihren Austritt erst für den Wahlabend oder unmittelbar danach ankündigten – nicht zuletzt als Rückversicherung für die bereits Ausgetretenen, unter veränderten Konstellationen einen Weg zurück in die Partei finden zu können.

Was tun?

Es ist zu erwarten, dass solche Kampagnen sich in künftigen Wahlkämpfen wiederholen werden. Dafür spricht etwa die Ausweitung der medialen Negativbewertung auf andere Landesverbände gegen Ende des hessischen Wahlkampfes⁵³. Zu diesem Zweck werden die Akteure die hessische Kampagne kritisch analysieren. Sie werden die bekannte Taktik bestätigt sehen, dass nichts so wirkungsvoll ist, wie „Zeugen“ aus den gegnerischen Reihen.

Und sie werden feststellen, dass die hessische LINKE, und zwar die Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit, diese schwere Probe bestanden hat. Mediale Kampagnen in Wahlkämpfen haben immer zwei Stoßrichtungen. Zum einen zielen sie darauf, die angegriffene Partei in den Augen ihrer Wählerschaft zu diskreditieren und von der Stimmabgabe für die Partei abzubringen. Zum anderen jedoch und wesentlich wichtiger ist die demotivierende Wirkung auf die Mitglieder der betreffenden Partei. Dies gilt umso mehr für eine Partei wie DIE LINKE, die ihre Wahlkämpfe nicht mit viel Geld und professionellen Firmen, sondern überwiegend mit dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder führt.

Selbstverständlich ist bei der Abwehr von medialen Angriffen und Kampagnen das gängige Repertoire unverzichtbar, wie es auch gegen die Medienkampagne im hessischen Landtagswahlkampf erfolgreich angewandt wurde: Gegenangriff (Presseerklärung nach der Ankündigung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die LINKE nicht zu ihren Foren einzuladen; Offener Brief an die Mitglieder von SPD und

⁵³ Z. B. „Abbau West“, Der Tagesspiegel, 17. Januar 2009.

Grünen), Präsentation von tatsächlichen Fakten (reale Mitgliederentwicklung), Vermeidung von Gegenreaktionen auf persönliche Angriffe, wenn diese das Thema nur weiter am Kochen halten würden (Angriffe auf Direktkandidaten), enge Absprachen über Reaktionen zwischen den Parteigliederungen (Kontakt zwischen Landespressesprecher und betroffenen Kreisverbänden), Schwachpunkte und Widersprüche der gegnerischen Kampagne ausnutzen (Doppelter Austritt Martina Walter), Aufklärung der Hintergründe in der eigenen Mitgliedschaft (Argument des Tages, Mails, Briefe), Erklärungen von außerhalb der Partei (Anzeigen Pörtner, Strutynski, Wecker; Gewerkschafter-Aufruf, Aufruf Beirat, Interview Schumm-Garling, Presseerklärung von ver.di und DGB gegen Verweigerung von Anzeigen für Wahlauf Ruf), Verdichtung der Stellungnahmen aller Kandidatinnen und Kandidaten auf wenige wichtige Aussagen, Veranstaltung mit bundesweit prominenten Parteimitgliedern, um thematisch in Erscheinung zu treten (Veranstaltungen mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und anderen; Klausur der Bundestagsfraktion in Frankfurt).

Wichtigste Voraussetzung zur erfolgreichen Gegenwehr gegen eine solche Medienkampagne ist jedoch – jenseits von Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Sach- oder auch Personalfragen – eine prinzipielle Solidarität, ein grundsätzlicher Zusammenhalt und ein gemeinsames übergeordnetes Ziel einer großen Mehrheit der Mitglieder. Diese innerparteiliche Solidarität eines weit überwiegenden Teils der Mitglieder der Partei war es schließlich, die verhinderte, dass die inner- und außerparteilichen Gegner der LINKEN ihr Ziel erreichten, die LINKE unter fünf Prozent zu drücken.

Anstatt sich von den Angriffen der Medien demotivieren zu lassen, rückten die aktiven Wahlkämpferinnen und -kämpfer in den meisten Kreisverbänden dichter zusammen. Von Angriff zu Angriff steigerten sie ihre Aktivität. Fast überall schlossen sich weitere Mitglieder den aktiven Wahlkämpferinnen und -kämpfern an. Selbst kleine Kreisverbände schafften es, zeitgleich mehrere Infostände zu besetzen, es wurden deutlich mehr Flugblätter verteilt und gesteckt, Plakate aufgehängt als in jedem anderen Wahlkampf in Hessen zuvor.

Dadurch gelang es, die besondere Stärke der LINKEN voll auszuspielen, durch Präsenz auf den Straßen eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Da die Medien die politischen Ziele und Forderungen der LINKEN weitgehend ignorierten, war dies die einzige Möglichkeit, politische Inhalte zu artikulieren. Außerdem entkräftete der Anblick der vielen aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer wirkungsvoll das irrealen Bild einer desolaten, in Grabenkämpfen zerrütteten Partei, der reihenweise die Mitglieder davon laufen, wie es der überwiegende Teil der Medien und ein kleiner Teil der Mitglieder zu vermitteln versuchten.

Diese Leistung des weit überwiegenden Teils der Mitglieder der hessischen LINKEN verdient Respekt. In einer Serie von Erfolgen zusammen zu halten ist relativ einfach; schwieriger ist dies angesichts einer drohenden Niederlage. Die Mitglieder der LINKEN Hessen haben diese Herausforderung bestanden.

Für die Abgeordneten, die den Mitgliedern ihre Mandate verdanken, aber auch für die Mitglieder des Landesvorstands sollte dies jetzt Anlass sein, die Debatten über politische Inhalte, für die wegen der zahlreichen Wahlkämpfe seit Gründung der Partei nur wenig Zeit und Raum war, gut zu organisieren, mit großem Ernst zu führen und die entsprechenden Beschlüsse dann konsequent und nachvollziehbar umzusetzen. Denn der aus gemeinsamen Zielen erwachsende Zusammenhalt ist für die weitere Entwicklung der LINKEN von entscheidender Bedeutung. Alle

Verantwortlichen sollten sich nach der Erfahrung dieses schwierigen Wahlkampfes immer wieder vor Augen führen: DIE LINKE ist kein Selbstzweck, dies gilt innerhalb wie außerhalb der Partei.

Der Bedeutungszuwachs der Partei DIE LINKE in den westlichen Bundesländern hat zu einem veränderten Umgang der Medien mit ihr geführt, auf den sich die westlichen Landesverbände schnell einstellen müssen. Medien agieren nicht losgelöst im luftleeren Raum, sondern innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse. „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“, dieser Satz Paul Sethes, eines der fünf Gründungsherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, aus dem Jahr 1965 gilt heute mehr denn je: Die Medien sind nicht frei von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen. Das bedeutet nicht, dass ausnahmslos alle Journalistinnen und Journalisten ihre Berichterstattung den Interessen der Aktionäre ihrer Verlage unterordnen. Ihre Berichterstattung ist und bleibt jedoch klassengebunden. Und das bekommt eine Partei wie DIE LINKE, die sich auf die Seite der Verlierer der kapitalistischen Wirtschaft stellt, zu spüren – zumindest so lange, wie sie etwas taugt!

Die „feindliche“ Berichterstattung darf nicht den natürlichen Reflex auslösen, sich innerparteilich einzumauern. Die Debatten der Partei müssen auch weiterhin selbstbewusst medienöffentlich geführt werden, ansonsten bestünde die Gefahr der innerparteilichen Erstarrung. – Abschreckendes Beispiel dafür ist die hessische CDU: Selbst die skrupellose Instrumentalisierung rassistischer Vorurteile in Wahlkämpfen löst dort keine innerparteiliche Debatte aus. Allenfalls hinter vorgehaltener Hand wagen einzelne CDU-Mitglieder vorsichtige Kritik. – Wichtig ist es hingegen, grundsätzlich eine klare Distanz zu den Medien und ihren Vertreterinnen und Vertretern zu wahren: Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten, mögen sie noch so freundlich und verbindlich auftreten, sind nie privat. Stellungnahmen müssen so bedacht, sensibel und verantwortungsbewusst formuliert werden, dass sie nicht unbeabsichtigt gegen die Partei gewendet werden können. Daran müssen sich die Verantwortlichen auf allen Parteigliederungsebenen rasch gewöhnen.

Eine kritische Distanz ist aber auch im Hinblick auf den Einfluss der Medien auf innerparteiliche Diskussionen wichtig. Viele Medienberichte zielen auch darauf, indirekt auf die innerparteiliche Diskussion zu wirken und sie zu beeinflussen. Oft ist dazu ein kleines neoliberales Lob als „vergiftetes Geschenk“ in einem Nebensatz ausreichend. Nicht nur in dieser Hinsicht ist es äußerst hilfreich, sich immer und immer wieder die Frage zu stellen: „Welches und wessen Interesse steckt dahinter, wer hat einen – auch nur indirekten – Nutzen davon?“ Unverzichtbar ist eine größtmögliche Transparenz der Diskussionen und Beschlüsse auf allen Ebenen der Partei. Unzulänglichkeiten der innerparteilichen Kommunikation müssen daher schnellstmöglich behoben werden.

Ein fataler Fehler wäre es jedoch, sich in der Rolle des Opfers medialer Heimtücke gemütlich einzurichten. DIE LINKE muss für die Medien, für Journalistinnen und Journalisten auch weiterhin eine offene Ansprechpartnerin sein. Denn die Medien und ihre Freiheit haben für die Demokratie eine existenzielle Funktion. Das schließt natürlich Kritik nicht aus: DIE LINKE hat allen Anlass, ihre gewachsene Bedeutung couragiert auch für eine kritische Auseinandersetzung mit den Medien zu nutzen. Denn auch die Medien bedürfen einer kritischen Begleitung ihres Tuns. Die Erfolgsaussichten dafür sind gar nicht so schlecht. Denn auch die Medien sind druckanfällig: Fällt ihre Parteilichkeit zu offensichtlich aus, gefährdet dies letztendlich

ihren wirtschaftlichen Erfolg, weil sich Leserinnen und Leser auf Dauer nicht ungestraft für dumm verkaufen lassen.